

■ Abgeschrieben

■ **Am Mittwoch fand auf dem Schlossplatz in Stuttgart eine Kundgebung gegen Berufsverbote statt. Dort verlas Martin Hornung ein Grußwort des Bezirksleiters der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne hätte ich direkt zu Euch gesprochen. Dies ist mir aus terminlichen Gründen leider nicht möglich. Setzt aber meine Abwesenheit bitte nicht mit Gleichgültigkeit gleich.

Denn es ist Gleichgültigkeit, die Euch heute zusammengebracht hat. Jahrzehntelange Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen, den Leidtragenden des Radikalenerlasses, in nicht wenigen Fällen.

Es gibt heute vielleicht noch wenige Verwirrte, die das Vorgehen von damals offensiv verteidigen. Mit Sicherheit aber gibt es noch zu wenige in der Landesregierung, die bereit dazu sind, den längst überfälligen Schritt zu gehen.

Wie ein solcher aussehen müsste, liegt auf der Hand. Wir sagen als IG Metall (ich zitiere): »Die IG Metall fordert, dass in allen Bundesländern umgehend sämtliche Erlasse und Regelungen aufgehoben werden, die

im Zusammenhang mit dem Ministerpräsidentenerlass vom 28. Januar 1972 erlassen wurden. Gegenüber den von Berufsverbot Betroffenen ist eine entsprechende Entschuldigung vorzunehmen. Sie sind umfassend zu rehabilitieren und gegebenenfalls zu entschädigen.«

So lautet der einstimmig gefasste Beschluss des IG-Metall-Gewerkschaftstages vom letzten Oktober.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich könnte mit viel Worten auch auf die juristische Dimension unseres gemeinsamen Anliegens eingehen. Ich habe dies bereits an anderer Stelle getan, z. B. in einem Brief, den ich erst vor wenigen Wochen in dieser Angelegenheit an Ministerpräsident Kretschmann geschrieben habe.

Was wir jetzt dringend brauchen, ist Haltung und Anstand, keine juristische Wortklauberei. Es ist schlicht und ergreifend so, dass man Unrecht auch zweimal begehen kann. Indem man es zunächst einmal zulässt. Und es dann nicht aus der Welt schafft, obwohl es ein leichtes wäre, genau dies zu tun.

Ich will mit aller Deutlichkeit sagen: Das Aussitzen, Abwarten, Sondieren der Landesregierung empfin-

de ich als falsch. Falsch, aber auch irritierend. Die Grünen legen soviel Wert auf Bürgerrechte. Die Sozialdemokraten verstehen sich als Vertreter der abhängig Beschäftigten.

Der Radikalenerlass hat beides mit Füßen getreten: Bürgerrechte und Arbeitnehmerrechte. Das wisst Ihr aus eigener Erfahrung besser als ich.

Deshalb bleibt nur eines zu tun: Rehabilitation und – wo gerechtfertigt – Entschädigung. Verbunden mit einer Entschuldigung für entstandenes Unrecht – und zwar zügig. Die notwendigen Schritte müssen jetzt eingeleitet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich zum Schluss noch eines klar und deutlich sagen: Die IG Metall steht – wie die anderen DGB-Gewerkschaften auch – hinter Euch. Solange, bis wir gemeinsam Vollzug melden können.

Wir werden dieser Regierung den Gefallen tun, den sie selber im noch gültigen Koalitionsvertrag eingefordert hat. Ich zitiere: »Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung«.

Euer Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg